

mend zu beobachtende Tendenz, humanitäre Hilfsoperationen wie die Menschenrechtsfeldmissionen als Ersatz für politisch nicht konsensfähige Maßnahmen der Friedenssicherung durchzuführen. Ohne den massiven politischen wie operativen Rückhalt durch den Sicherheitsrat laufen Menschenrechtsfeldmissionen in komplexen Krisen Gefahr, zu einer Art Feigenblatt der Staatengemeinschaft zu werden. Der Erfolg der konkreten Missionen wird dadurch nicht nur verhindert, das Instrument an sich droht bereits Schaden zu nehmen, bevor es sich international hat durchsetzen können.

In der Substanz sind den Menschenrechtsfeldmissionen vor allem im Hinblick auf ihren Beitrag zur Ursachenbekämpfung Grenzen gesetzt. Dies gilt insbesondere in komplexen Konflikten, deren Ursachen vielfältig sind (beispielsweise soziale, ethnische und/oder wirtschaftliche Probleme, mangelnde politische Partizipation, Straflosigkeit), und für die mehrere Akteure verantwortlich zeichnen (kein monolithischer Staat, Interessen dritter Staaten, Terrorismus, Bandenkriminalität und so fort). Entscheidend für den Erfolg einer Mission wird es daher im Einzelfall sein, Ziel und Adressaten ihrer Tätigkeit klar zu definieren.

Ernstzunehmende Probleme liegen weiterhin im operativen Bereich. Nach wie vor fehlt es dem Menschenrechtszentrum in Genf, das kurz vor dem Abschluß eines internen Reformprozesses steht, an der erforderlichen Professionalität und Effizienz, Menschenrechtsfeldmissionen des Hohen Kommissars zu planen und durchzuführen. Solange diese Voraussetzungen nicht vorliegen, wird es auch in anderen

Teilen des UN-Systems schwierig sein, die Akzeptanz zu erzeugen, die für eine gleichberechtigte Kooperation etwa im Kontext eines komplexen Konfliktmanagements erforderlich ist. Die neue Hohe Kommissarin für Menschenrechte wird es zu einer vorrangigen Aufgabe machen müssen, das ›Produkt Menschenrechtsfeldmissionen‹ in den politischen Entscheidungsgremien in New York entsprechend ›marktfähig‹ zu machen.

Ohne eine enge Zusammenarbeit zwischen New York und Genf wird es nicht gelingen, die dritte Ebene des Widerstands – den mangelnden politischen Willen vieler Regierungen – zu überwinden. Noch immer wird die Menschenrechtspolitik zu oft als abstraktes moralisches Postulat behandelt, die in Zeiten der Finanzkrise gegenüber anderen Prioritäten zurückgestellt werden kann. Die Erkenntnis, daß Menschenrechtsschutz ein Kernelement präventiver Sicherheitspolitik ist, das mit einem relativ geringen Mittelaufwand eingesetzt werden kann, hat sich bei der Mehrzahl politischer Entscheidungsträger noch nicht durchgesetzt. Vielleicht liegt dies an dem CNN-Effekt, der in Somalia den Blick für das Wesentliche versperrt hat: Während elektronische Bilder humanitärer Katastrophen reißenden Absatz finden, läßt sich langfristig angelegte, menschenrechtliche Kärnerarbeit, mit der humanitäre Katastrophen verhindert werden könnten, nur schwer in Bildern erfassen. Es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen, die Schere zwischen dem politisch-moralischen Anspruch der Staatengemeinschaft und seiner Realisierung sich nicht noch weiter öffnen zu lassen.

Abstieg vom Erdgipfel

Fünf Jahre nach Rio: 19. UN-Sondergeneralversammlung mit ernüchternder Bilanz

JENS MARTENS

Ohne politische Fortschritte schloß Ende Juni in New York die 19. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Fünf Jahre nach dem spektakulären ›Erdgipfel‹ von Rio de Janeiro – der ›Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung‹ (UNCED)¹ – sollten am Sitz der Weltorganisation die zur Beendigung der armuts- wie der zivilisationsbedingten Umweltzerstörung unternommenen Schritte evaluiert und die Verpflichtung auf die Grundsätze und Ziele der UNCED erneuert werden. Insbesondere sollte Auskunft über die Verwirklichung des mehrere Hundert Seiten umfassenden Aktionsprogramms von Rio – der Agenda 21² – gegeben werden. Dies drückte sich auch in der offiziellen Bezeichnung der Zusammenkunft aus: ›Sondertagung zur allgemeinen Überprüfung und Beurteilung der Umsetzung der Agenda 21‹. Doch die Staatenvertreter, unter ihnen 42 Staats- und Regierungschefs, 44 Umweltminister und 21 andere Minister, konnten sich nicht auf wirksame Maßnahmen einigen, um die weltweiten ökologischen und sozialen Krisentendenzen umzukehren. Von der »neuen globalen Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung«, die fünf Jahre zuvor in Rio beschworen worden war, war in der Woche vom 23. bis 28. Juni in New York nichts mehr zu spüren.

Einmal mehr hat sich das Primat ungebremsten Wirtschaftswachstums gegenüber dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung durchgesetzt. Auf der 19. UN-Sondergeneralversammlung fand die Auseinandersetzung über umfassende Konzepte nachhaltiger Entwicklung allenfalls noch am Rande statt und hatte auf die Ergebnisse des Gipfels keinen Einfluß. Vor dem Hintergrund einer beschleunigten Glo-

balisierung und nationaler Debatten über Standort- und Wettbewerbsnachteile waren die Regierungen zu Kompromissen in der Umwelt- und Entwicklungspolitik kaum noch bereit.

Ein deutliches Zeichen für die Unfähigkeit der Regierungen zum Konsens war das Scheitern der geplanten politischen Erklärung, die dem Rio-Prozeß neue Impulse geben sollte. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen entschieden die Delegierten am letzten Tag der Konferenz, auf sie ersatzlos zu verzichten – ein in der jüngeren Konferenzgeschichte der UN einmaliges Eingeständnis des Versagens. Was von der Konferenz bleibt, ist ein 137 Punkte umfassendes ›Programm zur weiteren Umsetzung der Agenda 21‹³.

Es enthält wortreiche Empfehlungen und vage Absichtserklärungen zu allen Themen der Agenda 21 und weiteren in Rio ausgeklammerten Problemfeldern wie Energie und Tourismus. Bestenfalls werden in ihm Arbeitsaufträge formuliert (so zu den Themen Wasser, Energie, Tourismus und Ökoeffizienz), die die Kommission für nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD)⁴ in den nächsten fünf Jahren beschäftigen werden. Konkrete politische Entscheidungen wurden damit weiter vertagt.

CHANCE VERTAN

Die Sondergeneralversammlung fand zweifellos unter ungünstigen Rahmenbedingungen statt. Fünf Jahre nach Rio haben Stillstand und Rückschritte in der internationalen Umwelt- und Entwicklungsdiplomatie die damalige Aufbruchstimmung abgelöst. Die wirtschaft-

lichen Probleme in vielen Teilen der Welt dienten Politikern in den vergangenen fünf Jahren als (willkommenes) Argument, längst überfällige ökologische und soziale Reformen auf die lange Bank zu schieben. Schlimmer noch: In zahlreichen Ländern wurden umwelt- und sozialpolitische Errungenschaften der Vergangenheit wieder zurückgeschnitten.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits minimale umweltpolitische Fortschritte auf der internationalen Ebene als große Erfolge gefeiert. Dies gilt beispielsweise für die Verabschiedung des Aktionsprogramms zur nachhaltigen Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern in Bridgetown/Barbados im Mai 1994⁵, des Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung in Paris im Juni 1994⁶, des Übereinkommens zur Durchführung der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens betreffend die Erhaltung und Bewirtschaftung von grenzüberschreitenden und weit wandernden Fischbeständen in New York im August 1995⁷ sowie des Weltaktionsprogramms zum Schutz der Meeresumwelt gegen vom Lande ausgehende Tätigkeiten in Washington im November 1995⁸.

Weiterreichende Maßnahmen, etwa zur grundsätzlichen Änderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, wie sie von den Regierungen in der Agenda 21 thematisiert worden waren, wurden weder national noch international in Angriff genommen. Hier zeigt sich ein strukturelles Dilemma der internationalen Konferenzdiplomatie. Die Verhandlungsmaxime der meisten Regierungen, nachprüfbar Verpflichtungen zu vermeiden, führte in den vergangenen Jahren zu wortreichen Aktionsprogrammen, deren teilweise progressive Diktion regelmäßig durch »können« und »sollen« relativiert wurde. Dies gilt auch für weite Teile der Agenda 21. Auf diese Weise fehlt der politische Hebel, um die Regierungen tatsächlich in die Pflicht zu nehmen. Eine Überwachung (monitoring) der Umsetzung von Kann-Bestimmungen ist nur schwer möglich – eine Tatsache, die sich auch in der strukturellen Schwäche der CSD widerspiegelt. Ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Rhetorik globaler Aktionsprogramme einerseits und der Realität nationaler Umsetzung andererseits war nach der Konferenz von Rio auch im sozial- und entwicklungspolitischen Bereich festzustellen. Noch auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen im März 1995 hatten die Staats- und Regierungschefs erklärt, der sozialen Entwicklung künftig »höchste Priorität« einräumen zu wollen, und – wie schon in Rio – zu diesem Zweck die Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel versprochen. In der Folgezeit hat sich statt dessen in vielen Ländern ein drastischer Abbau sozialer Leistungen vollzogen. Die weltweite Armut erreichte ausgerechnet im »Internationalen Jahr für die Beseitigung der Armut« 1996 einen neuen Höchststand, und der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) am Bruttosozialprodukt hat in den westlichen Industriestaaten mit 0,25 vH (1996) den niedrigsten Wert seit 1970 erreicht.

Statt auf eigenes Handeln setzten die Regierungen zur Bewältigung der weltweiten sozialen und ökologischen Krisenerscheinungen verstärkt auf Privatisierung und Deregulierung. Statt umwelt- und beschäftigungspolitische Regelsetzungen vorzunehmen, vertrauten sie immer mehr auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen und Selbstbeschränkungen der Gewerkschaften. Statt ihre politischen Anstrengungen zur Bekämpfung sozialer Verelendung zu erhöhen, appellierten sie zunehmend an die Eigeninitiative von Sozialverbänden und Entwicklungsorganisationen. Der gegenwärtige Boom, den die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf nationaler und internationaler Ebene erleben, ist eine logische Konsequenz und ein wesentlicher Bestandteil der Privatisierungsstrategien vieler Regierungen. Die simultane Stärkung des privaten Sektors und der NGOs sind zwei Seiten derselben Medaille.

Diese Tendenz bedeutete keineswegs durchgängig eine weitere Demokratisierung der Gesellschaften. Im Gegenteil: sie führte oft genug zu einem wachsenden Defizit an demokratischer Kontrolle.

Denn infolge des synchronen Voranschreitens von Globalisierung und Deregulierung vollzogen sich die grenzüberschreitenden (internationalen) Transaktionen von Großbanken und transnationalen Unternehmen zunehmend außerhalb der Aufsicht nationaler Institutionen. Internationale Finanzgeschäfte werden immer häufiger über Offshore-Märkte abgewickelt, auf die nationale Kontrollorgane keinen Zugriff haben. Transnationale Konzerne können – nicht zuletzt dank modernster Kommunikationstechnologien – immer schneller Produktionen und damit Arbeitsplätze rund um den Erdball verschieben und so gewerkschaftlichem Druck und demokratisch legitimierter nationalstaatlicher Regulierung entgehen, hauptsächlich im Umwelt- und Sozialbereich.

Begründet wurde der Trend zur Privatisierung von den Regierungen nicht nur mit dem Argument größerer wirtschaftlicher Effizienz, sondern auch mit dem Mangel an öffentlichen Ressourcen. Tatsächlich handelt es sich jedoch weniger um einen Mangel an Ressourcen als vielmehr um einen Mangel an dem politischen Willen, Prioritätenänderungen vorzunehmen. Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der Staatsausgaben (Stichwort: Subventionen) als auch innerhalb der Staatseinnahmen (Stichwort: ökologische Steuerreform). In Studien, die im Vorfeld der Sondergeneralversammlung unter anderem vom »Worldwatch Institute«, vom »Earth Council« und vom UNDP veröffentlicht wurden, wurde nachgewiesen, daß durch Umschichtungen in den staatlichen Haushalten Milliarden von Dollar für ökologische und soziale Zwecke bereitgestellt werden könnten. Allein die im Ergebnis umweltschädlichen Subventionen zur Senkung der Energiepreise sowie zur Nutzung fossiler Energieträger (wie der deutschen Steinkohle) und der Atomkraft haben nach Angaben des UNDP⁹ Mitte der neunziger Jahre weltweit eine Höhe von 250 bis 300 Mrd US-Dollar erreicht – etwa die Hälfte dessen, was jährlich zur Finanzierung aller Maßnahmen der Agenda 21 benötigt würde.

Angesichts dieser globalen Trends seit dem ersten Erdgipfel war die Chance gering, daß mit der Sondergeneralversammlung eine politische Reorientierung hin zum Leitbild nachhaltiger Entwicklung erfolgen könnte. Andererseits hätten die in New York versammelten Staats- und Regierungschefs durchaus den Handlungsspielraum gehabt, auf die virulenten Umwelt- und Entwicklungsprobleme mit klaren Signalen und politischen Verpflichtungen zu reagieren. Aber schon die Vorbereitungen auf die Tagung zeigten, daß von den starren Interessenblöcken keine neue Beweglichkeit zu erwarten war.

VON RIO NACH NEW YORK

Der Vorschlag, spätestens fünf Jahre nach der UNCED eine Sondertagung der Generalversammlung zwecks Evaluierung der Umsetzung der Agenda 21 durchzuführen, war bereits in dem Dokument selbst enthalten (Ziffer 38.9). Er wurde von der Generalversammlung in ihrer Resolution 47/190 vom 22. Dezember 1992 aufgegriffen.

Zur 50. Ordentlichen Tagung der Generalversammlung legte der Generalsekretär einen Bericht mit Vorschlägen über Form und Inhalt der Sondertagung vor¹⁰. Die Generalversammlung entschied daraufhin am 20. Dezember 1995 in ihrer Entschlußung 50/113, die Sondertagung im Juni 1997 für die Dauer von einer Woche auf »möglichst hoher« politischer Ebene und unter Einbeziehung der in der Agenda 21 aufgeführten wichtigen gesellschaftlichen Gruppen (major groups) durchzuführen. Mit der inhaltlichen Vorbereitung wurde die CSD beauftragt. Einen Zwischenbericht über den Stand der Vorbereitungen übermittelte der Generalsekretär der Generalversammlung im Herbst 1996¹¹.

Als Grundlage für die Verhandlungen legte der Generalsekretär eine Reihe von Bilanzen über die Umsetzung der Agenda 21 vor. In ei-

nem übergreifenden Report sowie in 31 Einzelberichten zu allen Themen der Agenda 21 wurden Fortschritte und Defizite der vergangenen fünf Jahre bilanziert und der konkrete Handlungsbedarf für die nächste Phase des Rio-Prozesses aufgezeigt¹². Im Bericht über die »bestimmenden Trends« wurden für wichtige Felder globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik die Tendenzen der letzten 25 Jahre nachgezeichnet und bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts fortgeschrieben¹³. Hier lautet die Kernaussage:

»Die globale Katastrophe steht offensichtlich nicht bevor. Aber die Projektionen, die in diesem Bericht als Beispiele angeführt werden, weisen eindeutig darauf hin, daß ein Festhalten an den jetzigen Entwicklungsmustern im Sinne des Weiter-so in der nahen Zukunft höchstwahrscheinlich keine nachhaltige Entwicklung nach sich ziehen wird.« (Ziffer 15)

Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit der Tagung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der CSD vom 24. Februar bis zum 7. März 1997. Dort ging es in erster Linie um Form und Struktur des Abschlusdokuments der 19. Sondertagung der Generalversammlung. Einig waren sich die Regierungen, daß darin sowohl die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten fünf Jahre bewertet als auch die politischen Prioritäten für den weiteren Rio-Prozess festgelegt werden sollten. Hauptresultat des Treffens war ein erster Entwurf für das »Vorgeschlagene Ergebnis der Sondertagung«, den die beiden Ko-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Celso Amorim aus Brasilien und Derek Osborn aus Großbritannien, formuliert hatten.

Der Text diente als Verhandlungsgrundlage für die fünfte Tagung der CSD, die vom 8. bis 25. April 1997 in New York stattfand. Sie stand unter dem Vorsitz des Ägypters Mostafa Tolba, des langjährigen Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Geprägt waren die Verhandlungen von einer schon traditionellen gegenseitigen Blockade von Nord und Süd: Die Industrieländer weigerten sich beharrlich, bei den Finanzierungsfragen Zugeständnisse zu machen. Die Entwicklungsländer stellten sich im Gegenzug taub, wo immer es um neue umweltpolitische Verpflichtungen ging. Als hartnäckige Bremsen erwiesen sich die Vereinigten Staaten und Japan, die sowohl die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel zur Umsetzung der Agenda 21 ablehnten als auch Fortschritte im Umweltbereich, insbesondere beim Klimaschutz, verhinderten. Zusätzlich erschwert wurden die Verhandlungen durch die weiter wachsenden politischen Divergenzen unter den Ländern des Südens. Ihr seit mehr als 30 Jahren bestehender Zusammenschluß, die »Gruppe der 77« (G-77), erwies sich in New York unter dem diesjährigen Vorsitz Tansanias als kaum mehr verhandlungsfähig. Zu unterschiedlich sind mittlerweile die politischen und ökonomischen Interessen innerhalb der Gruppe. Auch China rechnet sich übrigens – allerdings als eigenständiger, stets separat genannter Partner – der G-77 zu, ohne daß dies einer Stärkung der Verhandlungsmacht zugute käme.

Am Ende der CSD-Tagung lag ein Abschlusdokument im Entwurf vor¹⁴, das in allen strittigen Fragen (unter anderem Wälder, Klima, Energie, Handel und Finanzen) in Klammern gesetzte – also noch strittige – Passagen enthielt. Über den Entwurf der Politischen Erklärung war bis dahin überhaupt nicht verhandelt worden. Um die Vielzahl kontroverser Punkte noch vor Eröffnung der Sondergeneralversammlung aus dem Wege zu räumen, wurden unter Leitung des CSD-Vorsitzenden vom 16. bis 21. Juni informelle Konsultationen über die politische Erklärung und das Abschlusdokument abgehalten. Aber auch dabei kam es in vielen Fragen nicht zu einer Einigung.

Die Sondertagung der Generalversammlung fand in der letzten Juni-Woche unter dem Vorsitz des Präsidenten der laufenden Ordentlichen Tagung, des Malaysiers Razali Ismail, statt. Während die ganze Woche hindurch die Staats- und Regierungschefs, Minister und Ständigen Vertreter in der Generalversammlung im Siebenminutentakt ihre Stellungnahmen zum bisherigen und weiteren Rio-Prozess

abgaben, vollzogen sich die eigentlichen Verhandlungen im Plenarausschuß (Committee of the Whole), in informellen Sitzungen und Kontaktgruppengesprächen auf Ministerebene. Die Vertreter der NGOs konnten an allen Sitzungen, auch den offiziell nicht-öffentlichen, teilnehmen. Im Plenum der Generalversammlung erhielten im Rahmen der Generaldebatte zwölf Vertreter von NGOs und anderen »wichtigen Gruppen« Rederecht – ein Novum in der Praxis der UN. Daß Thilo Bode für »Greenpeace International« und Martin Khor für das »Third World Network« vor diesem Forum reden konnten, wurde von Beobachtern als ein Meilenstein auf dem Weg der NGOs zu mehr Mitsprache in der Weltorganisation angesehen. An den mageren Ergebnissen der Sondergeneralversammlung konnte dieser eher symbolische Akt allerdings nichts ändern. Der reale Einfluß der NGOs auf die Verhandlungen blieb auch bei dieser Nachfolgekonferenz des Erdgipfels von 1992 beschränkt.

Das abschließende Dokument, auf das sich die Delegationen am letzten Verhandlungstag schließlich einigten, war nicht mehr als ein Kompromiß auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die unterschiedlichen nationalen Prioritätensetzungen und grundsätzlichen Zielkonflikte zwischen den Regierungen – nachhaltige Entwicklung (sustainable development) oder nachhaltiges Wachstum (sustained growth) – verhinderten bei allen Schlüsselthemen vorwärtsweisende Beschlüsse. Die Delegierten beschränkten sich bei der Formulierung des Textes häufig darauf, die in früheren Verhandlungen vereinbarten Sprachregelungen (agreed language) wiederzuverwerten. Konzeptionell geht der Text nicht über die Agenda 21 hinaus, in seiner Betonung nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Rolle der Privatinvestitionen fällt er sogar hinter den vielbeschworenen »Geist von Rio« zurück. Für den niederländischen Entwicklungsminister Jan Pronk, einen Veteranen im internationalen Verhandlungsparcours, waren die »kulturellen und ideologischen Konflikte« zwischen den Regierungen in New York größer als fünf Jahre zuvor in Rio. Mit dem Argument der beschleunigten Globalisierung und des härteren Wettbewerbs auf dem Weltmarkt hat sich die Riege derer, die im zügellosen Wirtschaftswachstum den Schlüssel für die Lösung aller Probleme sehen und blindlings auf die Selbstregulierungskraft der Märkte vertrauen, weitgehend durchgesetzt. Die Verfechter einer nachhaltigen – also umweltverträglichen und sozial gerechten – Entwicklungsstrategie waren in New York in der Defensive.

WEITERE UMSETZUNG DER AGENDA 21

Noch weitgehend einig waren sich die Staatenvertreter in der Einschätzung der ökologischen und sozialen Entwicklung der letzten fünf Jahre. Das Abschlusdokument der Sondergeneralversammlung¹⁵ beginnt nach einer kurzen Präambel (Teil I) mit einer Bestandsaufnahme der »Fortschritte« seit der UNCED (Teil II), die in ihrer Deutlichkeit keine Zweifel zuläßt: Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, ist weltweit weiter gestiegen; die Einkommensunterschiede haben sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder zugenommen; die Arbeitslosigkeit hat sich seit Rio in vielen Ländern erhöht; die Kluft zwischen den ärmsten Entwicklungsländern und den übrigen Staaten der Erde ist in den letzten Jahren rasch gewachsen (Ziffer 8). Für den Umweltbereich ziehen die Regierungen eine ähnlich düstere Bilanz: »Fünf Jahre nach der UNCED hat sich der Zustand der globalen Umwelt weiter verschlechtert«, heißt es unter Ziffer 9. Schadstoffemissionen, Treibhausgase und Abfallmengen sind angewachsen, Boden, Wasser und Wälder werden weiter über ihre natürliche Regenerationsrate hinaus ausgebeutet. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl gestand in seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung¹⁶ ein, »daß wir bis heute noch keine Umkehr der globalen Umweltbelastung erreichen konnten«.



Während bei der Problembeschreibung unter den Teilnehmern der Sondertagung Übereinstimmung bestand, schieden sich bei der Analyse der Ursachen und der Formulierung von Gegenmaßnahmen rasch die Geister. Dies galt für fast alle Themen, die im New Yorker Abschlußdokument aufgegriffen wurden, sowohl in den »Bereichen mit dringendem Handlungsbedarf« (Teil C), als auch bei den »internationalen institutionellen Regelungen« (Teil D). Besonders starr verliefen die Fronten bei den Themenbereichen Finanzen, Energie, Klima und Wälder.

> Konfliktthema Finanzen

Dreh- und Angelpunkt der New Yorker Verhandlungen waren die Auseinandersetzungen über die weitere Finanzierung der Verwirklichung der Agenda 21 und ihres Folgeprozesses. Daß der Trend der Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe seit Rio nach unten weist, wurde allgemein als Hauptdefizit des bisherigen Umsetzungsprozesses angesehen. Konsequenzen wurden daraus jedoch nicht gezogen. Die Regierungen beließen es einmal mehr dabei, das 0,7-Prozent-Ziel unverbindlich zu bestätigen und »intensivierte Anstrengungen« zu versprechen, um den Abwärtstrend umzukehren (Ziffer 77). Weitergehende Verpflichtungen scheiterten am Widerstand unter anderem der Bundesregierung. Dies gilt auch für die Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF). Versuche der Niederlande, im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft die Europäer zu einer Aufstockung der Mittel zu bewegen – im Gespräch war eine Erhöhung um die Hälfte oder gar drei Viertel gegenüber den 2,03 Mrd Dollar der ersten Laufzeit 1994-1997 – waren bereits im Vorfeld maßgeblich von Deutschland abgelehnt worden. Das Dokument plädiert nunmehr lediglich für eine »zufriedenstellende« Wiederauffüllung der GEF (Ziffer 79).

Auch eine der Hauptforderungen der NGOs, die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Beratungsgruppe zum Finanzierungsproblem (Intergovernmental Panel on Finance), wurde nicht erfüllt. Zwar hatte die EU ihren grundsätzlichen Widerstand bei den Verhandlungen aufgegeben und sich Vorschlägen der Vereinigten Staaten und Norwegens angeschlossen. Die G-77 und China lehnten jedoch schließlich jeglichen Vorschlag für ein neues zwischenstaatliches Gremium, in dem über Finanzierungsfragen gesprochen werden sollte, ab.

NGO-Vertreter, die die Verhandlungen beobachteten, reagierten konsterniert und stellten im NGO-Organ »Outreach 1997«, das während der Konferenz täglich erschien, diese Frage: »Wie können wir für größere Solidarität und eine Erhöhung der ODA Lobbyarbeit betreiben, wenn wir das Gefühl haben, daß unsere Vorschläge ständig durch Mißtrauen blockiert werden?« Martin Khor vom »Third

World Network« versuchte die Ablehnung der G-77 mit ihrer Furcht vor neuen Konditionalitäten zu erklären. Denn Aufgabe des vorgeschlagenen Gremiums sollte es nicht nur sein, sich mit innovativen Finanzierungsinstrumenten wie internationalen Steuern zu befassen. Nach den Vorstellungen der NGOs hätte es sich auch mit dem Verhältnis zwischen privaten Direktinvestitionen und Kriterien nachhaltiger Entwicklung auseinanderzusetzen gehabt.

Private Direktinvestitionen könnten nach Ansicht vieler Regierungen die Lücke schließen, die durch die sinkende staatliche Entwicklungshilfe entstanden ist, und diese dauerhaft als wichtigste Quelle der Entwicklungsfinanzierung ersetzen. Eine Hoffnung, die sich auch im Abschlußdokument der Sondergeneralversammlung widerspiegelt (Ziffer 81) – wenngleich eine trügerische. Denn nur eine Verknüpfung mit Nachhaltigkeitskriterien in Form von ökologischen und sozialen Mindeststandards könnte sicherstellen, daß Privatkapital nachhaltige Entwicklung fördert statt sie zu behindern. Doch gerade diese Verknüpfung wird von vielen Regierungen, insbesondere solchen der G-77, strikt abgelehnt. So wurde der Satz »Jedes künftige Übereinkommen über die Liberalisierung der Investitionen sollte mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung im Einklang stehen« auf Initiative der G-77 unter Wortführerschaft Indiens und Indonesiens aus dem ursprünglichen Entwurf des Abschlußdokuments gestrichen. Dennoch werden diese Themen in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen, vor allem im Rahmen der OECD-Verhandlungen über ein Multilaterales Investitionsabkommen.

> Konfliktthema Energie

Die Befürworter eines ungezügeltten Wachstums ohne soziale und ökologische Regulierung konnten sich im Bereich von Energie und Verkehr ebenfalls weitgehend durchsetzen. Daß das Tabuthema Energie überhaupt auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen bleibt und die CSD sich auf ihrer Tagung im Jahre 2001 schwerpunktmäßig diesem Gegenstand widmen wird, kann angesichts der Widerstände bereits als Erfolg gewertet werden. Eine zwischenstaatliche Expertengruppe unter dem Dach der CSD soll diese Tagung ab 1999 vorbereiten. Der ursprüngliche Vorschlag der EU, eine »gemeinsame Strategie für eine nachhaltige Energiezukunft« zu entwickeln, wurde von den Ölländern und den USA abgelehnt, und auch die deutsche Initiative, das nächste Jahrzehnt zur »Dekade der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Energie« zu erklären, findet im Abschlußdokument keinen Niederschlag. Vorschläge, die Subventionen für fossile Energieträger und Atomenergie innerhalb eines festen Zeitraums zu streichen, waren bereits im Vorfeld am Widerstand fast aller Staaten (einschließlich derer der EU) gescheitert.

Auch im Verkehrsbereich sind die Beschlüsse der Sondergeneralversammlung stark von den Interessen der OPEC-Länder, der USA und letztlich der Öl- und Kraftfahrzeuglobby geprägt. Erst nach der Hervorhebung einer generell positiven Rolle des Transportsektors kommen in der entsprechenden Passage des Abschlußdokuments auch die negativen Begleiterscheinungen wachsender Verkehrsströme zur Sprache. Die Regierungen belassen es jedoch auch hier hauptsächlich bei einem Aufruf zu verstärkten freiwilligen Maßnahmen für eine umweltfreundlichere Verkehrsgestaltung. Die Einführung einer globalen Flugbenzinsteuern, wie sie von der EU vorgeschlagen worden war, war auf dieser Konferenz nicht durchsetzbar. Die Bundesregierung hat daraufhin die Forderung deutscher und europäischer Umweltverbände aufgegriffen und zugesagt, sich auf EU-Ebene für die Einführung einer solchen Steuer einzusetzen. Darüber hinaus wird dieses Thema auch bei den internationalen Klimaverhandlungen weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

> Konfliktthema Klima

In besonderem Maße strittig waren die Entscheidungen der Sonder-

generalversammlung zum Klimaschutz. Im Vorfeld hatte man sich ein deutliches Signal für die dritte Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention¹⁷ erhofft, die im Dezember 1997 im japanischen Kyoto stattfinden wird. Der bei den Verhandlungen in New York schließlich erreichte Kompromiß wurde diesem Anspruch bei weitem nicht gerecht. Die Staaten konnten sich nicht auf verbindliche Zielgrößen und Zeitpläne zur Reduzierung der Treibhausgase einigen. Selbst in der Frage, ob im Dezember ein Protokoll zur Treibhausgasreduktion verabschiedet werden soll, konnte kein Konsens erzielt werden (Ziffern 49-52). Hauptbremsen der Verhandlungen war neben den Vereinigten Staaten vor allem Japan. US-Präsident Bill Clinton hatte immerhin in seiner Rede vor der Sondergeneralversammlung, in der er sich fast ausschließlich mit dem Klimaproblem befaßte, angekündigt, sich in Kyoto zu einer »realistischen und bindenden« Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu verpflichten. Angesichts einer starren Front von Senatoren, Industrieunternehmen und Gewerkschaftsverbänden, die in der Tagungswoche Clinton in ganzseitigen Zeitungsanzeigen vor Zugeständnissen bei den Klimaverhandlungen gewarnt haben, waren für den Präsidenten konkretere Verpflichtungen offensichtlich politisch nicht durchsetzbar.

Allein die EU hatte zur Sondergeneralversammlung klare Reduktionsziele vorgelegt. Die von ihr vorgeschlagene 7,5-prozentige Verringerung der Treibhausgase bis 2005 (gegenüber dem Stand von 1990) wurde von NGOs als Schritt in die richtige Richtung, wenngleich als bei weitem nicht ausreichend, bezeichnet. Deutschland ging mit dem Vorschlag einer Reduktion um 10 vH einen Schritt weiter, blieb damit aber hinter der Forderung der »Allianz Kleiner Inselstaaten« (AOSIS) nach einer CO₂-Reduzierung um ein Fünftel bis 2005 zurück.

> Konfliktthema Wälder

Auch beim Thema Wälder präsentierte sich die Bundesregierung in New York in der Rolle der ökologischen Vorreiterin. Ihre diplomatische Initiative für eine Wälderkonvention hatte allerdings erwartungsgemäß bei den Verhandlungen keine Chance. Weder die G-77 noch die Vereinigten Staaten ließen sich von den Argumenten Deutschlands und der EU überzeugen. Auch die Mehrzahl der NGOs – darunter der »World Wildlife Fund«, »Greenpeace« und »Friends of the Earth« – hatte sich gegen eine Konvention zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Ihre Motive waren freilich andere: sie befürchteten, daß in einer vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Interessenlage ausgearbeiteten Konvention die Nutzungsaspekte gegenüber den Schutzaspekten dominieren würden. Die Taktik der Bundesregierung, die Form einer Wälderübereinkunft über den Inhalt zu stellen, hat sich offensichtlich nicht ausgezahlt. Ergebnis der Sondergeneralversammlung ist nun die Fortführung des Verhandlungsprozesses im Rahmen eines neuen zwischenstaatlichen Forums über Wälder unter dem Dach der CSD, das sich unter anderem mit dem Handel von Forstprodukten befassen und bis 1999 Elemente für ein mögliches rechtsverbindliches Instrument für alle Waldarten erarbeiten soll. Die Bundesregierung wird dort die Gelegenheit haben, sich wieder auf die Inhalte zu konzentrieren und ihre Vorschläge für Grundprinzipien der nachhaltigen Bewirtschaftung und des Schutzes der Wälder vorzulegen.

FORTFÜHRUNG DES RIO-PROZESSES ALS NATIONALE UND GLOBALE AUFGABE

Unterstützung für die Wälderkonvention hatte sich die Bundesregierung von einer Initiative erhofft, die Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, dem südafrikanischen Vizepräsidenten Thabo Mbeki und

dem singapurischen Premierminister Goh Chok Tong in New York vorstellte¹⁸. In der gemeinsamen Erklärung fehlt jedoch eine eindeutige Stellungnahme zu diesem Thema. Im Mittelpunkt der »Globalen Initiative für nachhaltige Entwicklung« steht die Forderung nach der institutionellen Stärkung der Vereinten Nationen im Umweltbereich mit dem mittelfristigen Ziel einer neuen »globalen UN-Dachorganisation für Umweltfragen«. Daneben plädiert die Initiative unter anderem für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2005 um 10 vH, schlägt die bereits erwähnte Energie-Dekade vor, kündigt für das Jahr 2000 in Berlin eine Konferenz zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung an, an der »die Bürgermeister der 21 größten Megastädte der Welt« teilnehmen sollen, und appelliert an die CSD, globale Richtlinien für umweltverträglichen Transport zu entwerfen.

Die Initiative des Bundeskanzlers war bis wenige Tage vor der Sondergeneralversammlung als Geheimsache, an der auch die eigentlich zuständigen Ressorts kaum beteiligt waren, behandelt worden. Während sie in den deutschen Medien positiv aufgenommen wurde, war die Resonanz in New York von Skepsis geprägt. Vor allem der Vorschlag für eine neue Weltumweltorganisation stieß bei vielen Delegationen und auch im UN-Sekretariat auf Unverständnis, wirkte er doch völlig losgelöst von den Debatten der letzten Jahre über die Reform der Vereinten Nationen. Das »Forum Umwelt & Entwicklung«, der Zusammenschluß der am Rio-Prozeß besonders interessierten deutschen NGOs, begrüßte zwar das ungewohnte Engagement für eine Stärkung der UN im Umweltbereich, kritisierte aber, daß die gesamte Initiative keine konkreten Vorschläge enthalte und eher wie eine PR-Maßnahme wirke. Darüber hinaus dürfe eine institutionelle Stärkung der Weltorganisation im Rio-Prozeß sich nicht auf das Umweltthema beschränken, sondern müsse auch den Entwicklungsbereich einschließen.

- 1 Vgl. Report of the United Nations Conference on Environment and Development (Vol. I-III), UN Publ. E.93.I.8. Siehe auch Barbara Unmüßig, Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED): eine erste Bewertung, VN 4/1992 S. 117ff.
- 2 Text: Report (Anm. 1), Vol. I. Deutsch ist die Agenda 21 in der Schriftenreihe »Umweltpolitik« des Bundesumweltministeriums erschienen.
- 3 UN Doc. A/S-19/29 v. 27.6.1997.
- 4 Die CSD war im Anschluß an die Rio-Konferenz als Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen eingesetzt worden, um die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse der UNCED zu überwachen; siehe die Berichte über die ersten beiden Tagungen der CSD in VN 6/1993 S. 206f. und VN 4/1994 S. 141f. Gegenwärtige Zusammensetzung der CSD: S. 160 dieser Ausgabe.
- 5 Vgl. Report of the Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States, UN Publ. E.94.I.18.
- 6 Text: A/49/84/Add.2 v. 27.7.1994; eine amtliche deutsche Fassung ist trotz der im vergangenen Jahr erfolgten Ratifikation noch nicht im Bundesgesetzblatt (BGBl.) erschienen. – Siehe auch Georg Lührs, Leben und Überleben in Trockengebieten. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, VN 2/1995 S. 61ff.
- 7 A/50/550 v. 12.10.1995.
- 8 A/51/116 v. 16.4.1996.
- 9 United Nations Development Programme, Energy after Rio. Prospects and Challenges, New York 1997.
- 10 A/50/453 v. 20.9.1995.
- 11 A/51/420 v. 1.10.1996.
- 12 E/CN.17/1997/2 v. 31.1.1997 mit Addenda 1-31.
- 13 E/CN.17/1997/3 v. 20.1.1997 mit Corr. 1.
- 14 A/S-19/14-E/1997/60 v. 27.5.1997.
- 15 Siehe Anm. 3.
- 16 Text: S.142 dieser Ausgabe.
- 17 Anlässlich der UNCED waren zwei Umweltkonventionen zur Unterzeichnung aufgelegt worden. Eine davon ist das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen; Text: VN 4/1992 S. 140ff., amtliche Fassung: BGBl. II 1993, S. 1783. Siehe auch Martina Palm-Risse, Noch eine Chance für den blauen Planeten. Der Schutz des Weltklimas mittels des UN-Rahmenübereinkommens, VN 4/1992 S. 122ff.
- 18 A/S-19/23 v. 24.6.1997; Text: S.143 dieser Ausgabe.
- 19 Die zweite in Rio zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention ist das Übereinkommen über die biologische Vielfalt; Text: BGBl. II 1993, S. 1741. Siehe auch Marc Auer, Für die Erhaltung der Arten und ihrer Lebensräume. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt, VN 5/1994 S. 168ff.
- 20 Die Bundesregierung hat ihren regulären Umweltbericht 1994 (Bundestags-Drucksache 12/8451) den Vereinten Nationen als »nationale Strategie« vorgelegt. Dieser Bericht, der ohne Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen erstellt wurde, genügt jedoch weder formal noch inhaltlich den Anforderungen an eine umfassende Strategie zur Umsetzung der Agenda 21 und wurde seitdem auch von der Bundesregierung selbst nicht als »nationale Strategie« eingesetzt.

So ungenügend die Ergebnisse der 19. Sondertagung der UN-Generalversammlung gemessen am globalen Problemdruck auch sind, so reichen sie doch gerade noch aus, um den Rio-Prozeß nicht völlig zum Erliegen zu bringen. Auf internationaler Ebene wird weiterhin die CSD neben den Konferenzen der Vertragsstaaten der einschlägigen Konventionen (Klima, biologische Vielfalt¹⁹ und Wüstenbildung) das zentrale politische Forum im Rio-Prozeß bilden. Das Abschlußdokument der Sondergeneralversammlung widmet sich ausführlich ihrer zukünftigen Rolle, ihren Schwerpunktthemen und ihren Arbeitsmethoden (Ziffern 130-137). Es plädiert für eine stärkere Einbeziehung von Ministern aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich und macht Vorschläge für die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit den »major groups«. Im Anhang enthält das Dokument das neue Mehrjährige Arbeitsprogramm der CSD. Danach werden folgende Schwerpunktthemen in den nächsten fünf Jahren im Mittelpunkt des Rio-Prozesses stehen:

Wasser, Technologietransfer, Ausbau der Eigenkapazität, Bildung, Wissenschaft, Bewußtseinsbildung, Industrie – 1998;

Meere, Tourismus – 1999;
Bodenressourcen, Landwirtschaft, Wälder, finanzielle Ressourcen, Handel und Investitionen, Wirtschaftswachstum – 2000;

Atmosphäre, Energie, Verkehr, Indikatoren, internationale Zusammenarbeit – 2001.

Als übergreifende Themen werden Armut sowie Konsum- und Produktionsweisen jedes Jahr von der CSD behandelt. Im Jahre 2002, ein Jahrzehnt nach dem Erdgipfel von Rio, steht dann die nächste umfassende Überprüfung der Umsetzung der Agenda 21 auf der Tagesordnung.

In Deutschland wird es in den kommenden Jahren um eine wesentlich konsequentere Übertragung der Beschlüsse der Agenda 21 auf die nationale und lokale Ebene gehen. Die Staaten verpflichten sich im Abschlußdokument der Sondergeneralversammlung (Ziffer 24a) erneut, eine nationale Strategie für die nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten. Die Bundesregierung hat sich bislang geweigert, eine solche Strategie zu entwickeln²⁰, deren Zweck es sein soll, Umwelt- und Entwicklungsziele in alle Politikbereiche zu integrieren. Sie ist nun aufgefordert, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen eine solche »Agenda 21 für Deutschland« in Angriff zu nehmen.

»Wir verpflichten uns sicherzustellen, daß die nächste umfassende Überprüfung der Agenda 21 im Jahre 2002 größere meßbare Fortschritte bei der Erreichung nachhaltiger Entwicklung zeigt«.

haben die UN-Mitgliedstaaten in der Präambel des New Yorker Abschlußdokuments gelobt (Ziffer 6). Auch die deutsche Regierung wird an dieser Selbstverpflichtung gemessen werden.

Bewahrung der Schöpfung als Aufgabe

Rede des deutschen Bundeskanzlers vor der 19. UN-Sondergeneralversammlung (23. Juni 1997)

HELMUT KOHL

Lassen Sie mich zunächst im Namen der Bundesrepublik Deutschland unserer vollen Unterstützung für die von dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, Wim Kok, abgegebene Erklärung Ausdruck verleihen.

Am Ende dieses Jahrhunderts bieten sich der Menschheit epochale Chancen, von denen wir noch vor kurzem nicht zu träumen wagten. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat uns dem Frieden in der Welt ein großes Stück näher gebracht. Gleichzeitig ist weltweit das Bewußtsein dafür gewachsen, daß die Bewahrung der Schöpfung ebenso zu den großen Aufgaben der Völkergemeinschaft gehört wie die Sicherung des Friedens. Auf dem Weg zu einer globalen Umweltpartnerschaft im 21. Jahrhundert war die Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro richtungweisend. Manches wurde seither erreicht. Wahr ist aber auch, daß wir bis heute noch keine Umkehr der globalen Umweltbelastung erreichen konnten.

Die entscheidende Frage für unsere Generation lautet: Wie können wir die natürlichen Lebensgrundlagen für eine wachsende Weltbevölkerung dauerhaft erhalten? Angesichts knapper werdender Trinkwasserreserven, angesichts möglicher unvorhersehbarer Klimaveränderungen und der Ausbreitung der Wüsten stellt sich diese Frage mit zunehmender Dringlichkeit. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn wir uns der Herausforderung jetzt nicht stellen, werden Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen immer wahrscheinlicher. Schon heute müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen, weil dort die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört sind.

Es gibt aber auch Entwicklungen, die Hoffnung machen: Wir verfügen heute über das Wissen und die Mittel, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit dauerhaft zu schützen. Gültig bleibt die Botschaft von Rio 1992, Umwelt und Entwicklung als Teil eines Ganzen zu betrachten und nach dieser Erkenntnis auch zu handeln. Auf der Suche nach Nahrung, Energie und Wohnung verbrauchen immer mehr Menschen natürliche Ressourcen schneller, als diese sich erneuern.

Auch deshalb müssen wir die Armut in den Entwicklungsländern tatkräftiger als in der Vergangenheit bekämpfen. Hier bleiben die Industrieländer aufgefordert, mit wirtschaftlichen Hilfen und moderner Technik einen Beitrag zu leisten. Dazu gehört indes auch, daß die Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung schaffen. Die Industrie- und Schwellenländer müssen dafür sorgen, daß ihr eigenes wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Zunahme der Umweltbelastungen einhergeht.

Fünf Jahre nach Rio müssen hier in New York die Weichen für substantielle Fortschritte gestellt werden. Auf folgenden zentralen Handlungsfeldern sehe ich die Notwendigkeit und die Chance, einen wichtigen Schritt voranzukommen:

E r s t e n s : Auf der ersten Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Berlin im April 1995 wurde das Fundament für eine weltweite Vereinbarung zum Schutz des Klimas geschaffen. Diese Sondertagung der Generalversammlung sollte die Klimakonferenz Ende dieses Jahres in Kyoto auffordern, eine internationale Übereinkunft über eine deutliche Verminderung der Emission von Treibhausgasen zu formulieren. Die Industrieländer sollten sich dem erklärten Ziel der Europäischen Union anschließen, bis zum Jahre 2010 die Emissionen wichtiger Treibhausgase um 15 Prozent zu vermindern.

Z w e i t e n s : Die Zerstörung der Wälder, insbesondere der lebenswichtigen tropischen Regenwälder, geht weiter. Deshalb brauchen wir international verbindliche Vereinbarungen, die den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wälder regeln – und wir brauchen sie jetzt, nicht erst Jahre später, wenn es zu spät sein wird, um diese lebenswichtigen tropischen Regenwälder zu retten.

D r i t t e n s : Globaler Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung brauchen bei den Vereinten Nationen eine klare und laut vernehmbare Stimme. Ich halte es daher für wichtig, kurzfristig die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Umweltorganisationen nachdrücklich zu verbessern. Mittelfristig sollte dies in die Gründung einer globalen Dachorganisation für Umweltfragen münden, die sich auf das Umweltprogramm der Vereinten Nationen als einen ihrer Hauptpfeiler stützt.

V i e r t e n s : Das Ziel einer weltumspannenden Umweltpartnerschaft im kommenden Jahrhundert sollte auch in der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen.

Häufig haben in der Vergangenheit Gegensätze zwischen Nord und Süd die Diskussion über den globalen Umweltschutz geprägt und Fortschritte erschwert. Daher habe ich mich zusammen mit Präsident Cardoso aus Brasilien, Premierminister Chok Tong aus Singapur und dem südafrikanischen Vizepräsidenten Mbeki zu einer gemeinsamen Initiative entschlossen. Sie soll beispielhaft für die genannten Themenfelder aufzeigen, daß Nord und Süd bei dieser Schicksalsfrage der Menschheit gemeinsam vorgehen können. Wir möchten mit unserem persönlichen Engagement dem weltweiten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung einen zusätzlichen Anstoß geben und damit zum Erfolg dieser Sondertagung der Generalversammlung beitragen.

Fünf Jahre nach Rio und zwei Jahre nach der Konferenz in Berlin richten heute überall in der Welt die Menschen hoffnungsvoll ihren Blick nach New York. Sie warten darauf, daß von hier aus erneut ein klares Signal des Aufbruchs für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgeht. Die Erhaltung der Schöpfung – das ist unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.